



Rathaus

Umschau

Mittwoch, 21. Oktober 2015

Ausgabe 201

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	4
› Knochenmarkkrebs: Ein junger Vater braucht Hilfe	4
› „Primary Nursing“ – Modellprojekt gestartet	4
› Gesucht: die 100 besten Nachhaltigkeitsprojekte und -ideen	6
› München in Fakten – Statistisches Jahrbuch 2015 erschienen	6
› Stadtteilspaziergang durch das Westend	7
Antworten auf Stadtratsanfragen	9
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise

Wiederholung

Donnerstag, 22. Oktober, 11 Uhr, Reinmarplatz 20

Oberbürgermeister Dieter Reiter spricht ein Grußwort zur Eröffnung des Begegnungszentrums der AWO und des Stützpunktes von Wohnen im Viertel von GEWOFAG und Evangelischem Pflegedienst. Die beiden Einrichtungen gehören zum Mehrgenerationen-Quartier von GEWOFAG und Wogeno am Reinmarplatz in Neuhausen. Ebenfalls sprechen Dr. Klaus-Michael Dengler, Geschäftsführer der GEWOFAG Holding GmbH, Helga Rieck, stellvertretende Leiterin des Amtes für soziale Sicherung der Landeshauptstadt München, Christoph Frey, Geschäftsführer der AWO München, und Angelika Pfab, Geschäftsführerin des Evangelischen Pflegedienst München e.V.

Wiederholung

Donnerstag, 22. Oktober, 17 Uhr, Alter Rathaussaal

Festakt anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München. Die Festreden halten Oberbürgermeister Dieter Reiter und Bürgermeisterin Christine Strobl. Stadträtin Lydia Dietrich (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste) spricht in ihrer Funktion als Vorsitzende der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen ein Grußwort. Die Gleichstellungsstelle für Frauen hat am 1. Oktober 1985 als erste Gleichstellungsstelle in Bayern ihre Arbeit aufgenommen. Im Rahmen des Festakts präsentiert sie Schlaglichter ihrer Umfrage zur Gleichstellung von Männern und Frauen. Ulrike Mascher, heute Präsidentin des VdK, vor 29 Jahren erste Vorsitzende der neu gegründeten Gleichstellungskommission, diskutiert in einem Generationendialog mit Rebecca Fertl, einem der jüngsten heutigen Kommissionsmitglieder, zum Thema „Gleichstellungsarbeit – damals und heute.“ Umrahmt wird der Abend von einem Kulturprogramm mit Zara Pfeiffer, Drumadama, Melodiva, Ebru Düzgün und DJ Eleni.

Wiederholung

Donnerstag, 22. Oktober, 19 Uhr, Hofbräukeller, Innere-Wiener-Straße

Oberbürgermeister Dieter Reiter hält im Rahmen der Jubiläumsfeier „250 Jahre HuberGroup“ die Gastrede. Der weltweit agierende Druckfarbenhersteller mit über 40 Unternehmen und mehr als 3.500 Mitarbeitern gehört zu den Weltmarktführern im Bereich Druckfarben und Drucklacke.



Samstag, 24. Oktober, 14.30 Uhr,

Tagungszentrum der Münchner Aids-Hilfe, Lindwurmstraße 71

Die Referentin für Gesundheit und Umwelt Stephanie Jacobs spricht Grußworte auf der Mitgliederversammlung der Deutschen Aids-Hilfe e. V. (DAH). München hat die älteste regionale Aids-Hilfe.

Sonntag, 25. Oktober, 11.30 Uhr, Stiftsbogen 74

Petra Reiter, Ehefrau des Oberbürgermeisters, gratuliert der Münchner Bürgerin Gisela Gaschott im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Montag, 26. Oktober, 11 Uhr,

vor dem MVG-Kundencenter im Zwischengeschoss Marienplatz

Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) eröffnet das neue Zwischengeschoss am Marienplatz. Es sprechen Oberbürgermeister Dieter Reiter und Herbert König, Vorsitzender der Geschäftsführung der MVG.

Anschließend findet **gegen 12 Uhr** die feierliche Einweihung der ökumenischen Krisen- und Lebensberatungsstelle „Münchner Insel“ im Sperrengeschoss Marienplatz mit Oberbürgermeister Dieter Reiter, Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler und Bischofsvikar Rupert Graf zu Stolberg statt.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 28. Oktober, 19 Uhr, Cafeteria des ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76 (barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West) mit dem Vorsitzenden Dr. Walter Klein.

Mittwoch, 28. Oktober, 19.30 Uhr, Cafeteria des ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76 (barrierefrei)

Sitzung des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West).

Mittwoch, 28. Oktober, 17.30 bis 19 Uhr,

BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing – Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

Knochenmarkkrebs: Ein junger Vater braucht Hilfe

(21.10.2015) Ein junger Vater von drei Kindern kämpft schon seit drei Jahren mit Knochenmarkkrebs. Die Chemotherapie kann hier nicht heilen. Er braucht daher dringend eine Stammzellspende, um wieder ganz gesund zu werden. Eine passende Spenderin beziehungsweise ein passender Spender wird aktuell in der weltweiten Datenbank gesucht, ist aber noch nicht gefunden.

Um möglichst vielen Menschen wie dem jungen Vater helfen zu können, ist es notwendig, immer wieder neue Spenderinnen und Spender in die weltweit vernetzte Datenbank der Stiftung Aktion Knochenmarkspende Bayern aufzunehmen.

Daher findet am Sonntag, 25. Oktober, von 11 bis 16 Uhr in der Waldorfschule München Südwest, Züricher Straße 9/Ecke Drygalskiallee eine sogenannte Typisierungsaktion statt.

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Liebe Münchnerinnen und Münchner, die ganze Zuversicht einer jungen Familie ruht auf dem 25. Oktober und vor allem auch auf Ihnen. Deswegen bitte ich Sie heute: Nehmen Sie sich die Zeit, um sich als Stammzellenspender registrieren zu lassen, und Sie werden dadurch vielleicht zum Lebensretter.“

Ebenso ruft die Referentin für Gesundheit und Umwelt Stephanie Jacobs zur Teilnahme an der Typisierungsaktion auf: „Ich bitte die Münchnerinnen und Münchner, an der Typisierungsaktion am kommenden Sonntag teilzunehmen, damit ein junger Vater und seine Familie neue Hoffnung schöpfen können. Mit der Eintragung in die Datenbank geben Sie aber auch anderen Betroffenen und deren Familien Hoffnung, die richtige Spenderperson zu finden.“

„Primary Nursing“ – Modellprojekt gestartet

(21.10.2015) Die Arbeitsorganisation in Altenpflege-Einrichtungen ist ein entscheidender Faktor für die Qualität der Pflege. Zwei Münchner Pflegeeinrichtungen, das Damenstift am Luitpoldpark und das Haus Sankt Martin der Münchenstift GmbH, erproben in den kommenden drei Jahren eine bestmögliche Umsetzung des Modells „Primary Nursing“. Bei diesem in den USA entwickelten Konzept übernimmt eine Pflegefachkraft die umfassende Verantwortung für die Pflege einer begrenzten Bewohnergruppe. Ziel ist eine möglichst ganzheitliche Versorgung.

Vor Beginn des Modellprojekts in München fand eine Studienfahrt in die Schweiz statt, wo unter der Bezeichnung „Bezugspflege“ bereits Elemente von „Primary Nursing“ umgesetzt werden. Sozialreferentin Brigitte Meier: „Im Fokus des Projekts steht auch, wie eine berufliche Perspektive für akademisch qualifizierte Pflegenden in Deutschland geschaffen werden kann. Das Konzept bietet große Chancen, die Attraktivität der Pflegeberufe zu erhöhen, die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner und die Anliegen der Angehörigen in stärkerem Maße zu berücksichtigen und so für eine größere Zufriedenheit bei allen Beteiligten zu sorgen.“

Im Unterschied zur Bezugspflege orientiert sich die Pflege in Deutschland derzeit noch überwiegend an den Modellen der sogenannten Funktionspflege sowie der Bereichspflege. Bei der Funktionspflege werden die komplexen Pflegeprozesse in Einzeltätigkeiten zerlegt und auf einzelne Mitarbeiterinnen beziehungsweise Mitarbeiter verteilt. Bei der Bereichspflege übernimmt jede beziehungsweise jeder Pflegenden jeweils für die Dauer einer Schicht die Verantwortung für eine Bewohnergruppe.

Das vom Stadtrat beschlossene Modellprojekt „Qualitätsoffensive stationäre Altenpflege“ wird pflegewissenschaftlich von Professor em. Johannes Kemser und Professorin Andrea Kerres von der Katholischen Stiftungshochschule (KSFH) München begleitet. Kernfragen sind die Verbesserung der Bewohner- und der Mitarbeiterzufriedenheit. Das Projekt folgt der Fragestellung, unter welchen Bedingungen eine stärkere Orientierung am Modell des „Primary Nursing“ erfolgen kann. Zugleich geht es um die Erprobung der entsprechenden Mischung von Qualifikationen und Fähigkeiten (Grade- und Skill-Mix).

In beiden an dem Modellprojekt beteiligten Pflegeeinrichtungen studieren bereits Pflegenden im Studiengang Pflege Dual der KSFH. Sie werden parallel in Kooperation mit der Berufsfachschule für Altenpflege der Evangelischen Pflegeakademie zu Pflegefachkräften ausgebildet. Beide Einrichtungen haben sich bereits im Vorfeld mit dem Thema einer stärkeren Bewohnerorientierung im pflegerischen Alltag befasst und zum Beispiel Arbeitsabläufe entsprechend neu strukturiert. Sie möchten ein Modell entwickeln, das dem „Primary Nursing“ nahe kommt und dabei den Pflegenden die entsprechende Möglichkeit zur Mitgestaltung geben.

Das Modellprojekt wurde in diesem Sommer gestartet und begann mit einer ersten Erhebung in den beiden Pflegeeinrichtungen. Studierende der KSFH haben im achten Semester einen Fragebogen für Führungskräfte, Pflegenden und Angehörige entwickelt. Damit wurden erste Informationen u.a. zum Kenntnisstand zum Modell „Primary Nursing“ und zur Bereitschaft, dieses zu erproben, gewonnen. Dieser ersten Evaluation folgen nun

individuell auf den jeweiligen Wohnbereich angepasste Planungsschritte zur Umsetzung.

Das Modellprojekt wird im Jahr 2018 ausgewertet. Die Ergebnisse werden dann dem Stadtrat vorgelegt.

Gesucht: die 100 besten Nachhaltigkeitsprojekte und -ideen

(21.10.2015) Der Nachhaltigkeitsrat der Bundesregierung sucht erneut die 100 besten Nachhaltigkeitsprojekte und -ideen. Bei „Werkstatt N“ geht es um spannende Initiativen mitten aus der Gesellschaft, die Vorbild für die zukünftige Entwicklung des Landes sein können. Die Referentin für Gesundheit und Umwelt Stephanie Jacobs lädt alle zum Mitmachen ein: „Unsere Stadt stellte bereits in der Vergangenheit einige innovative, vom Nachhaltigkeitsrat ausgezeichnete Projekte. Lassen Sie uns auch in Zukunft zeigen, welches großartige Potenzial in Sachen Nachhaltigkeit in uns steckt. Ich lade daher die Münchnerinnen und Münchner herzlich ein, Ihre Nachhaltigkeitsprojekte und -ideen beim Wettbewerb einzureichen. Mitmachen lohnt sich!“ Die Bewerbungsfrist läuft bis Samstag, 31. Oktober.

Nähere Informationen finden sich unter www.werkstatt-n.de.

München in Fakten – Statistisches Jahrbuch 2015 erschienen

(21.10.2015) In seiner übersichtlichen und lesefreundlichen Aufmachung wendet sich das Statistische Jahrbuch sowohl an das Fachpublikum wie auch an eine breite interessierte Öffentlichkeit. Die nun erschienene Neuauflage 2015 dieser beliebten Publikation beinhaltet Auswertungen des Jahres 2014, oftmals im Vergleich mit den Vorjahren. Ein breites Spektrum statistischer Daten deckt alle wichtigen kommunalen Themen der bayerischen Landeshauptstadt ab; Basisdaten zu den Münchner Stadtbezirken, zur Region München und zum Land Bayern vervollständigen das Informationsangebot. Auf insgesamt 13 Kapitel verteilt enthält das Buch Zahlenreihen und grafische Darstellungen zu zirka 600 Stichworten, die Trends und spannende Entwicklungen aufzeigen.

So sei beispielhaft erwähnt:

- Der seit über zehn Jahren anhaltende Trend steigender Geburten in München hat sich auch im Jahr 2014 mit 16.450 neugeborenen Kindern fortgesetzt. Die Geburtenzahl erreicht damit ein Level, das sie in München zuletzt Ende der 1960-er Jahre hatte. Bei relativ gleichbleibenden Sterbezahlen übersteigt damit der Geburtenüberschuss 2014 (5.657) sogar den höchsten Wert im Jahr 1964. Mit 14,3 Geburten auf 1.000 Einwohner kamen wie im Jahr zuvor die meisten Kinder im Stadtbezirk Au – Haidhausen auf die Welt.



- Die Anzahl betreuter Kinder in den Kindertageseinrichtungen ist weiter angestiegen. Im März 2014 wurden insgesamt 68.679 Kinder in den Einrichtungen gezählt, ein Plus von 3,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mit 8,8 Prozent am meisten gestiegen ist die Zahl betreuter Kinder im Alter von 0 bis drei Jahren. 13.498 Kinder dieser Altersgruppe besuchten im Jahr 2014 eine der Münchner Kindertageseinrichtungen. Im gleichen Zug konnte auch das Personal verstärkt werden: 13.548 Beschäftigte in 1.346 Einrichtungen kümmern sich inzwischen um das Wohl der Kinder, ein Plus von 7,2 Prozent gegenüber 2013.
- 9,59 Milliarden Euro beträgt der Gesamtumsatz des Münchner Handwerks im Jahr 2014 und liegt damit um 5,8 Prozent höher als im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt 2014 waren 22.798 Handwerksbetriebe bei der Handwerkskammer für München und Oberbayern eingeschrieben. Durchschnittlich 79.150 Personen waren zur gleichen Zeit im Handwerk tätig. Die meisten Betriebe (8.104) waren im Ausbaugewerbe registriert, dann folgten auf Platz 2 mit 5.761 Betrieben das Handwerk für den gewerblichen Bedarf und an dritter Stelle (5.503 Betriebe) das Handwerk für den privaten Bedarf.

Das Statistische Jahrbuch 2015 ist zum Preis von 18 Euro bei folgenden Stellen zu beziehen: Statistisches Amt der Landeshauptstadt München, Statistisches Auskunftsbüro (Zimmer 105), Schwanthalerstraße 68, 80336 München, Telefon 2 33-8 27 00, Telefax 2 33-8 27 57, im Internet unter www.muenchen.de/statamt, per E-Mail an stat.amt@muenchen.de und bei der Stadt-Information im Rathaus.

Stadtteilspaziergang durch das Westend

(21.10.2015) Das Westend ist ein Münchner Arbeiterviertel, auch wenn sich sein ursprünglicher Charakter immer mehr wandelt. Eine bunte Mischung von Projekten auf engstem Raum stellt am Montag, 26. Oktober, von 18 bis 19 Uhr die Architektin Martina Fischer-Albang vom Verein Urbanes Wohnen e.V. auf einem kostenfreien Spaziergang vor.

Das Westend ist geprägt von kleinteiligen Grundstückspartellen mit Wohn- und Gewerbeeinheiten und genossenschaftlichen Wohnblocks. Auf dem Weg durch das Viertel wird eine Hausgemeinschaft der Genossenschaft Wogeno e.G. in einem lange leergestandenen denkmalgeschützten Haus besucht. In dessen direkter Nachbarschaft und mit gemeinsamem Innenhof ist ein Neubauprojekt der Genossenschaft Frauenwohnen e.G. entstanden und im Winter 2013/14 bezogen worden. Ein paar Straßen weiter gibt es ein Projekt vom Mietshäusersyndikat, das Wohngemeinschaften in Miete ermöglicht hat.



Treffpunkt ist am U-Bahnhof Schwanthalerhöhe (Linie U5 und U4) im Zwischengeschoss Ausgang Ganghofer-/Heimeranstraße beim Fahrkartenautomaten. Die Führung wird angeboten vom Bauzentrum München, dem Verein Urbanes Wohnen und der mitbauzentrale münchen.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 21. Oktober 2015

Geschlechtergerechte Sprache – Übertreibt die Landeshauptstadt?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Richard Progl und Ursula Sabathil (Fraktion Bürgerliche Mitte – Freie Wähler/ Bayernpartei) vom 30.6.2015

Übergang Schule – Beruf verbessern: Wie kann das Potential der „Projektwerkstatt“ optimiert werden?

Anfrage Stadtrat Cetin Oraner (Die Linke) vom 30.7.2015

Die LHM zeigt sich solidarisch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SWM im Unternehmensbereich Verkehr!

Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.3.2015

„Unbürokratische“ Regulierung von Diebstahlschäden – Fiktion oder Realität?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 18.6.2015

Unregistrierte „Flüchtlinge“ tauchen zu Hunderten unter – was unternimmt die Stadt?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 9.9.2015

Schwerstbehinderte raus, „Flüchtlinge“ rein – Fragen zu den Vorgängen um die städtische Behindertenunterkunft in der Karlsfelder Straße 16

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 10.9.2015

„Ein Gespenst namens Zwangsvermietung“ – in München bald Realität?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 16.9.2015



Geschlechtergerechte Sprache – Übertreibt die Landeshauptstadt?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Richard Progl und Ursula Sabathil (Fraktion Bürgerliche Mitte – Freie Wähler/ Bayernpartei) vom 30.6.2015

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:
Die LHM legt großen Wert auf die Gleichstellung von Frauen und Männern. Dies betrifft auch die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache. Nach Ihrer Ansicht wird in manchen Fällen aber übertrieben. Als Beispiel wird ein VOF-Vergabeverfahren der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (MGS) genannt, bei dem die Unterlagen eines Auftragnehmers wegen mangelnder geschlechtergerechter Sprache zurückgewiesen worden wären.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Warum werden Unterlagen städtischer Auftragnehmer mit den oben beschriebenen Formulierungen zurückgewiesen? Wie viele derartige Fälle sind der Stadt aus den letzten Jahren bekannt?

Antwort:

Es ist kein Fall bekannt, bei dem die Vergabestellen oder das Submissionsbüro des Baureferats Unterlagen von Auftragnehmern wegen mangelnder geschlechtergerechter Sprache zurückgewiesen haben.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung achten bei der täglichen Arbeit darauf, im schriftlichen und mündlichen Sprachgebrauch die weiblichen Bezeichnungen zu verwenden. Dabei wird die Übersichtlichkeit und gute Lesbarkeit beachtet. Jedoch macht die MGS weder in VOF-Vergabeverfahren noch in anderen Zusammenhängen gegenüber Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartnern Vorschriften zur Verwendung von weiblichen und männlichen Bezeichnungen. Unterlagen von sich bewerbenden oder beauftragten Unternehmen werden folglich nicht zurückgewiesen.

Frage 2:

Gab es Fälle, in denen Bewerber nicht zum Zug kamen bzw. Unterlagen final abgelehnt wurden wegen „Mängeln“ in der geschlechtergerechten Formulierung?

Antwort:

Die Vergabestellen und das Submissionsbüro des Baureferats haben keine Bewerbungsunterlagen wegen mangelnder geschlechtergerechter Sprache zurückgewiesen. Dementsprechend sind keine Angebote wegen „Mängeln“ in der geschlechtergerechten Formulierung ausgeschlossen worden.

Frage 3:

Wann und wo wurden die Kriterien für geschlechtergerechte Sprache festgelegt? Gibt es hierzu einen Stadtratsbeschluss?

Antwort:

Für die Durchführung von Vergabeverfahren gibt es keine Regelung, wonach Unterlagen von sich bewerbenden oder beauftragten Unternehmen zurückgewiesen werden müssen, wenn sie nicht geschlechtergerecht formuliert sind. Eine solche Regelung würde dem derzeitigen Vergaberecht widersprechen und ist daher nicht zulässig.

Die innerstädtischen Vorschriften zu Personenbezeichnungen, Veröffentlichungen und Bekanntmachungen der Stadtverwaltung, zum schriftlichen Geschäftsverkehr sowie zur Gestaltung von Vordrucken sind in der Allgemeinen Geschäftsanweisung der LHM (AGAM) geregelt. Die AGAM wird vom Oberbürgermeister verfügt.

Frage 4:

Aus welchen Gründen setzt die LHM hier strengere Maßstäbe an als Gremien wie beispielsweise der Bayerische Städtetag?

Antwort:

Weder der Bayerische Städtetag noch die LHM weisen Unterlagen von sich bewerbenden oder beauftragten Unternehmen wegen mangelnder geschlechtergerechter Sprache zurück.

Das Wissen um die Bedeutung der Sprache zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit ist Grundlage städtischen Handelns. Die Gleichstellung von Frauen und Männern soll bei allen politischen und verwaltenden Maßnahmen der Stadt gefördert werden. In der Verwaltungssprache sollen daher zur Anrede und Bezeichnung von Frauen und Männern geschlechtsbezogene Bezeichnungen verwendet werden.



Sprache ist nicht nur ein wichtiges Verständigungsmittel, sondern gleichzeitig auch Bewusstseinträger. Den Wandel des Sprachgebrauchs bei der Verwendung von Personenbezeichnungen unterstützt die Stadt deshalb aktiv. Vor diesem Hintergrund wurden die Vorschriften in der AGAM zur geschlechtergerechten Sprache formuliert.



Übergang Schule – Beruf verbessern: Wie kann das Potential der „Projektwerkstatt“ optimiert werden?

Anfrage Stadtrat Cetin Oraner (Die Linke) vom 30.7.2015

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

In Ihrer Anfrage, auf die ich im Anschluss Bezug nehme, haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Die Projektwerkstatt‘ des Vereins Schule – Beruf e.V. beschäftigt zur Zeit vier Sozialpädagogen (dreimal mit 30 Wochenstunden, einmal mit 10 Wochenstunden). Das Team bietet entweder Projektwochen oder Drei-Tage-Projekte an für alle Münchner Grund- und Mittelschulen und sonderpädagogische Förderzentren. Derzeit übersteigt jedoch die Nachfrage aus den Schulen nach diesen Projekten deutlich die personelle Kapazität der Projektwerkstatt‘.

Durch eine weitere 30-Stunden-Stelle sowie durch die Ausweitung der 10-Stunden-Stelle auf eine 20-Stunden-Stelle könnte dem Rechnung getragen werden und eine optimale Auslastung der Werkstatt erreicht werden. Ein entsprechender Antrag auf dazu erforderliche Erhöhung des gegenwärtigen Zuschusses um jährlich 60.000 Euro wurde bereits im November 2014 an das RBS gestellt. Bisläng steht eine Entscheidung noch aus, die Planungen für das Schuljahr 2015/16 wurden daher auf Basis der bestehenden Personaldecke abgeschlossen.“

Allgemein:

Die Projektwerkstatt bietet seit 1985 punktuell handwerkliche Projektarbeit an Grund-, Mittel- und Förderschulen in der LH München an, um Kindern und Jugendlichen andere Lern- und Erfahrungsbereiche zu ermöglichen. Sie ist kein Projekt im Übergang Schule – Beruf wie z.B. JADE.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Gibt es generelle Einwände gegen die Optimierung der Personalausstattung der Projektwerkstatt?

Antwort:

Die Projektwerkstatt beantragt eine Ausweitung ihres Personalkostenzuschusses um 60.000 Euro. Das Budget wurde bereits für 2014 nachträglich um 5.760 Euro und für 2015 um 9.715 Euro erhöht. Dieses entspricht einer dauerhaften Erhöhung ab 2016 um 9.715 Euro.

Frage 2:

Sind die Notwendigkeit und der Nutzen des Zuschusses schlüssig oder gibt es seitens der Verwaltung sachliche Bedenken?

Antwort:

Die Projektwerkstatt hat 2013 eine zusätzliche 4. Stelle mit 10 Stunden für einen Sozialpädagogen ohne handwerkliche Ausbildung geschaffen. Die Anzahl der Projektwochen ist aber unverändert geblieben. Ein Konzept über Schwerpunkte und Ziele, die durch eine Stellenausweitung erreicht werden sollen, liegt nicht vor.

Frage 3:

Lässt sich eine Zuschuss-Erhöhung haushaltstechnisch aus Restmitteln darstellen oder sollte diese in die Haushaltsplanung 2016 eingebracht werden?

Antwort:

Es ist derzeit nicht beabsichtigt, eine weitere Zuschuss-Erhöhung einzubringen.

Frage 4:

Kann der Projektwerkstatt für die längerfristige Planung für das Haushaltsjahr 2016 und damit für das Schuljahr 2016/17 eine verbesserte Personalausstattung in Aussicht gestellt werden?

Antwort:

Falls die Projektwerkstatt schlüssig aufzeigen kann, wofür die zusätzliche Stelle einer Sozialpädagogin/eines Sozialpädagogen benötigt wird und in ihrer Planung einen deutlichen Nutzen für die Schülerinnen und Schüler ausweist (Steigerung ihres Angebots um etwa 25%), kann eine Ausweitung ab 2016/17 erneut geprüft werden.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.



Die LHM zeigt sich solidarisch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SWM im Unternehmensbereich Verkehr!

Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.3.2015

Antwort Bürgermeister Josef Schmid, Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft:

Sie haben mit o.g. Antrag beantragt:

- *„Der Stadtrat beschließt: die LHM zeigt sich mit den Mitarbeitern der Stadtwerke München (SWM) im Unternehmensbereich Verkehr solidarisch und weitet die finanzielle Unterstützung für den UB Verkehr deutlich aus;*
- *die LHM stellt dies der Öffentlichkeit dar und bekundet ihre Solidarität mit der Belegschaft darüber hinaus durch klare Festlegungen über die Zukunft der Mitarbeiter in diesem Unternehmensbereich.“*

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Die Personalangelegenheiten der Mitarbeiter der SWM im Unternehmensbereich Verkehr fallen in den operativen Geschäftsbereich der SWM. Die Beantwortung erfolgt aufgrund eines Büroversehens nach Ablauf der Frist.

Das RAW hat zur Prüfung Ihres Antrags die Stadtwerke München GmbH um Stellungnahme gebeten.

Die Stadtwerke München GmbH weist darauf hin, dass die Zufriedenheitswerte im Rahmen der 2014 durchgeführten Mitarbeiterbefragung im Unternehmensbereich Verkehr und bei der MVG keinesfalls auf eine Verunsicherung oder Unzufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hindeuten. Im Gegenteil haben sich die Ergebnisse sogar positiv entwickelt und liegen in etwa auf dem Niveau des Gesamtkonzerns. Eine deutliche Verunsicherung oder Unzufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist aus diesen Werten nicht erkennbar.

Die Bezahlung aus dem TV-MVG hat sich seit Inkrafttreten Mitte 2011 bis 2015 insgesamt um 6,3% erhöht. Die Tarifverhandlungen im Juni 2015 führten neben diversen Verbesserungen zu einer Lohnerhöhung von 6,8% sowie zu einer Beschäftigungssicherungsvereinbarung bis 2020. Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit erledigt ist.



„Unbürokratische“ Regulierung von Diebstahlschäden – Fiktion oder Realität?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 18.6.2015

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 18.6.2015 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Reiter in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Ihrer Anfrage schicken Sie folgenden Sachverhalt voraus:

„Seit geraumer Zeit kursieren auf diversen Internet-Plattformen Berichte, teils auch aus der Feder vorgeblicher Zeugen, wonach in verschiedenen Regionen Deutschlands durch ‚Flüchtlinge‘ begangene Ladendiebstähle in örtlichen Supermärkten von der Geschäftsführung möglichst nicht mehr bei der Polizei zur Anzeige gebracht werden sollen. Durch Diebstahl entstandene Schäden sollen vielmehr dem örtlichen Landratsamt oder anderen zuständigen Behörden gemeldet werden, die sie dann den bestohlenen Supermärkten ‚unbürokratisch‘ erstatten. Diesbezügliche Berichte fanden sich z.B. in der Tageszeitung ‚Die Welt‘ in der Leserschriften-Rubrik (Ausgabe vom 12.4.2015). Ein Leser berichtete dort auch aus dem österreichischen Bundesland Tirol, wo durch ‚Flüchtlinge‘ verursachte Diebstahlschäden bis zu einer Höhe von 50 Euro vom Land erstattet werden sollen. – Es stellen sich Fragen nach der Situation in München.“

Frage 1:

Inwieweit gibt es ggf. auch in der LHM eine Regelung, wonach von „Flüchtlingen“ verursachte Diebstahlschäden in Supermärkten „unbürokratisch“ – also ohne Einschaltung der Polizei – durch Behörden geregelt werden? Welche Ämter bzw. Dienststellen auf kommunaler, Landkreis-, Bezirks- oder Landesebene sind für die Erstattung ggf. zuständig?

Frage 2:

Ggf. seit wann ist eine entsprechende Regelung in der LHM in Kraft?

Frage 3:

Inwieweit liegen der LHM Informationen darüber vor, Diebstahlschäden in welcher Höhe ggf. im Zuge der genannten Regelung in München während eines bestimmten Zeitraums erstattet wurden?



Antwort zu Frage 1 bis 3:

Von Seiten des Polizeipräsidiums München und des Sozialreferates wurde uns mitgeteilt, dass eine solche Regelung im Stadtgebiet München nicht existiert.



Unregistrierte „Flüchtlinge“ tauchen zu Hunderten unter – was unternimmt die Stadt?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 9.9.2015

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer o.g. Anfrage führen Sie Folgendes aus:

„Vor dem Hintergrund anhaltend exorbitanter ‚Flüchtlings‘-Zahlen konfrontierte der Münchner Kreisverwaltungsreferent Wilfried Blume-Beyerle die Öffentlichkeit am 8.9.2015 in einem Interview mit dem Lokalblättchen ‚tz‘ mit einem schlechterdings haarsträubenden Detail. Blume-Beyerle wörtlich: ‚Eine Registrierung (der Flüchtlinge;KR) findet ja derzeit nicht mehr statt. Und das macht die Arbeit nicht leichter. Wir verzeichnen einen beträchtlichen Schwund. Wir fahren 1000 Menschen in die Messe hinaus(,) und ein paar Stunden später fehlen 200 oder 300. Sie bestellen sich ein Taxi und fahren auf eigene Faust weiter – keiner weiß, wohin.‘ (Quelle: <http://www.tz.de/muenchen/stadt/fluechtlinge-muenchen-kvr-chef-blume-beyerle-das-geht-nicht-mehr-lange-gut-tz-5503635.html>; abgerufen: 8.9.2015, 23.12 Uhr; KR).“

Zu Ihrer Anfrage vom 9.9.2015 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Wie viele der am Münchner Hauptbahnhof angekommenen „Flüchtlinge“ sind den Behörden seit Anfang August in der vom Kreisverwaltungsreferenten berichteten Weise – überschlüssig – „abhanden“ gekommen? Von wie vielen Zugängen insgesamt?

Antwort:

Die Registrierung, Verteilung und Weiterleitung von Flüchtlingen liegt in staatlicher Zuständigkeit und obliegt der Regierung von Oberbayern. Eigene Daten liegen der Landeshauptstadt München hierzu nicht vor.

Frage 2:

Inwieweit entziehen sich die auf die genannte Weise „verschwindenden“ Asylbewerber und „Flüchtlinge“ durch ihr Abtauchen auch der obligaten medizinischen Untersuchung? Inwieweit kann das RGU nachvollziehen, dass mit dieser Praxis auch eine erhebliche gesundheitliche Gefährdung der Öffentlichkeit durch nicht registrierte übertragbare Krankheiten ein-

hergeht? Nota bene: Laut dem KVR-Chef „verschwinden“ pro 1.000 vom Hauptbahnhof per Taxi abgeholter „Flüchtlinge“ routinemäßig „200 oder 300“. Das wären allein bei den rund 20.000 Neuzugängen am letzten Wochenende 4.000 bis 6.000 nicht registrierte und nicht medizinisch untersuchte Ausländer aus aller Herren Länder, die einfach „verschwinden“ und untertauchen. Inwieweit kann die LHM hier ein allgemeines Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung erkennen?

Antwort:

Zu Frage 2 teilt das Referat für Gesundheit und Umwelt Folgendes mit: „Alle Asylbewerberinnen und Asylbewerber durchlaufen direkt nach ihrer Ankunft ein medizinisches Erstscreening am Hauptbahnhof bzw. im Ankunftszentrum Maria-Probst-Straße 14. Die vor Ort tätigen Ärztinnen und Ärzte untersuchen insbesondere auf akut behandlungsbedürftige Erkrankungen und auf das Vorliegen einer Infektionserkrankung.

So wird bei allen die Körpertemperatur als Hinweis auf eine solche Erkrankung ermittelt. Erkrankte Personen werden umgehend einer entsprechenden Behandlung zugeführt.

Eine gesundheitliche Gefährdung für die Bevölkerung ist daher trotz des „Verschwindens“ von Flüchtlingen aus den Unterkünften nicht erkennbar.“

Frage 3:

Was beabsichtigt die LHM zu unternehmen, um diesen völlig unhaltbaren Zustand so rasch als möglich abzustellen? Warum ist es nicht möglich, die neu ankommenden „Flüchtlinge“ mit den von der Regierung von Oberbayern bzw. dem Freistaat bereitgestellten Bussen gesammelt zu ihren Unterkünften zu bringen und so ein Entweichen während der Fahrt zu verhindern?

Antwort:

Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.



Schwerstbehinderte raus, „Flüchtlinge“ rein – Fragen zu den Vorgängen um die städtische Behindertenunterkunft in der Karlsfelder Straße 16

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 10.9.2015

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 10.9.2015 führen Sie Folgendes aus:

„Ausweislich des 5. ‚Standortbeschlusses‘ des Sozialreferats – der am 20.5.2015 gegen die einzige Stimme der BIA vom Münchner Stadtrat verabschiedet wurde – ist zur künftigen Unterbringung von ‚Flüchtlingen‘ unter anderem ein Anwesen in der Karlsfelder Straße 16 im Stadtbezirk 24 (Feldmoching – Hasenberg) vorgesehen. ‚Das Objekt‘, vermerkt der ‚Standortbeschuß‘ des Stadtrats, ‚ist zur Unterbringung von mobilitäts-eingeschränkten wohnungslosen Frauen im Erdgeschoß und von Familien im ersten und zweiten Obergeschoß geplant‘ und sollte zum 1.8.2015 in Betrieb gehen.

Wie inzwischen bekannt wurde, wurde das in Rede stehende Gebäude speziell für Behinderte und Schwerstbehinderte errichtet. Im Erdgeschoß waren schon bisher behinderte Menschen untergebracht, im ersten Obergeschoß mehr als ein Dutzend Schwerstpflegefälle, z.B. Komapatienten, alles in allem mehrere Dutzend Personen. Den Bewohnern bzw. ihren Angehörigen wurde vor geraumer Zeit mitgeteilt, daß das Gebäude aus Gründen der Neunutzung nunmehr freigemacht werden müsse.

Dabei wurde auch der bisherige Betreuungsschlüssel geändert – künftig dürfen dort nicht nur ‚besonders hilfsbedürftige Personen‘, sondern auch ‚Hilfsbedürftige‘ untergebracht werden, ausweislich des 5. ‚Standortbeschlusses‘ vorzugsweise ‚Flüchtlinge‘. Pläne bzw. Ersatzlösungen des Sozialreferats für die bisherigen z.T. schwerstbehinderten Bewohner ohne ‚Migrationshintergrund‘ wurden bisher nicht bekannt.“

Zu Ihrer Anfrage vom 10.9.2015 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Wie weit ist die Inbetriebnahme des in Rede stehenden Gebäudes in der Karlsfeldern Straße 16 als „Flüchtlings“-Unterkunft inzwischen gediehen? Wurde das Gebäude mittlerweile wie vorgesehen mit „Flüchtlingen“ belegt? Mit wie vielen?



Antwort:

Das Gebäude war zu keinem Zeitpunkt zur Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen. Das Gebäude wurde der Stadt zur Unterbringung mit wohnungslosen Münchner Haushalten angeboten. Die diesbezüglichen Planungen wurden allerdings zwischenzeitlich verworfen.

Frage 2:

Inwieweit konnte das Sozialreferat den bisherigen Bewohnern bzw. ihren Angehörigen alternative städtische Unterkunftsmöglichkeiten anbieten? Inwieweit ist dies geschehen?

Antwort:

Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Frage 3:

Inwieweit haben die bisherigen Bewohner inzwischen eine gleichwertige städtische Unterkunft beziehen können? Wie wurden die bisherigen Bewohner bei ihrem Aus- und Umzug städtischerseits betreut?

Antwort:

Auch hierzu wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

„Ein Gespenst namens Zwangsvermietung“ – in München bald Realität?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 16.9.2015

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 16.9.2015 führen Sie Folgendes aus:

„Unter dem Titel ‚Ein Gespenst namens Zwangsvermietung‘ berichtete die ‚Süddeutsche Zeitung‘ unlängst über Überlegungen einer Arbeitsgruppe aus Vertretern von Bund und Ländern, die ‚ohne Denkverbote Szenarien durch(spielt), wie Flüchtlingen möglichst schnell und unbürokratisch geholfen werden kann‘. Einer der ins Gespräch gebrachten Vorschläge ‚sieht vor, Eigentümer zu verpflichten, Gebäude an Asylsuchende zu vermieten‘. Die SZ legt in diesem Zusammenhang gleich noch nach: ‚Tatsächlich gibt es diese Idee. Da nämlich, wo der Platz für Flüchtlinge dringend gebraucht wird, Vermieter aber ihre leer stehenden Wohnungen und Gebäude nicht freiwillig rausrücken wollen. Diesen Vermietern könnte der Staat durchaus mal mit all seiner Macht entgegenreten.‘

(Zitate nach: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wohnraum-fuer-fluechtlinge-ein-gespenst-namens-zwangsvermietung-1.2645184>; zul. abgerufen: 15.9.2015, 0.55 Uhr; KR).

Auch das Münchner Sozialreferat sucht vor dem Hintergrund der anhaltenden Massenzuwanderung bekanntlich händeringend nach immer neuen Unterbringungsmöglichkeiten für sogenannte ‚Flüchtlinge‘. Die Lage dürfte mit sinkenden Außentemperaturen im Herbst und weiteren ungezählten ‚Flüchtlingen‘, die nach München kommen werden, prekär werden, so daß die Frage – gerade angesichts der geltenden Rechtslage – durchaus angebracht ist, in welchem Maße sich möglicherweise auch Münchner Vermieter auf Zwangsvermietungen an sogenannte ‚Flüchtlinge‘ einstellen müssen.“

Zu Ihrer Anfrage vom 16.9.2015 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Inwieweit wird das Instrument der Zwangsvermietung vor dem Hintergrund der anhaltenden Massenzuwanderung von „Flüchtlingen“ auch in München, insbesondere im Sozialreferat diskutiert?



Antwort:

Im Sozialreferat gibt es diesbezüglich keine Überlegungen.

Frage 2:

Inwieweit sehen etwaige Notfallplanungen der LHM Zwangsvermietungen leerstehender Gebäude zur Unterbringung von „Flüchtlingen“ ggf. bereits konkret vor?

Antwort:

Zwangsvermietungen sind in keinem Zusammenhang Bestandteil von Notfallplanungen der Landeshauptstadt München.

Frage 3:

Inwieweit fasste die LHM das Instrument der Zwangsvermietung in der Vergangenheit ggf. bereits für eine Unterbringung einheimischer Wohnungssuchender, Bedürftiger, sozial Schwacher und/oder Familien mit Kindern ins Auge? Wenn nicht, warum nicht?

Antwort:

Es gab zu keinem Zeitpunkt und für keine Zielgruppe diesbezügliche Planungen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 21. Oktober 2015

Wohnraum in München statt Blumen zum Selberpflücken

Antrag Stadträte Fritz Schmude und Andre Wächter
(ALFA – Allianz für Fortschritt und Aufbruch)

MITGLIEDER IM STADTRAT MÜNCHEN

Andre Wächter – Fritz Schmude



ALFA im Münchner Stadtrat · Marienplatz 8 · 80331 München

Herrn Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

Antrag

München, den 19.10.2015

Wohnraum in München statt Blumen zum Selberpflücken

Der Stadtrat möge beschließen:

Auf einem großen Grundstück in guter Lage zwischen dem Mittleren Ring und dem Ostpark (Ottobrunner Straße/Diakon-Kerolt-Weg) können Münchner Bürger Blumen selber pflücken. Ein weiterer Teil dieses Grundstückes wird landwirtschaftlich genutzt.

Die Verwaltung stellt dem Stadtrat (in einer nichtöffentlichen Vorlage) die aktuelle Situation zu der besagten Fläche dar. Darin soll unter anderem auf folgende Punkte eingegangen werden:

Wann wurden die letzten Gespräche geführt? Wer war an diesen Gesprächen beteiligt? Welches Ergebnis hatten diese Gespräche?

Welche juristischen Möglichkeiten hat die Stadt München um einen Verkauf des Grundstückes und eine Bebauung mit Wohnraum zu beschleunigen?

Begründung:

Der Druck auf den Münchner Wohnungsmarkt wird immer größer. Die divergierende wirtschaftliche Entwicklung in Europa und die Flüchtlingssituation in Deutschland wird diesen Druck in den kommenden Jahren noch deutlich verstärken. Dies verlangt von allen Beteiligten in München (Politik, Immobilienentwickler, Stadtverwaltung, Grundstücksbesitzer) in den nächsten Jahren auch erheblich größerer Anstrengungen und Bereitschaft als in der Vergangenheit, den Neubau von Wohnungen zu forcieren.

Der Bebauungsplanentwurf vom 18.04.2000 sieht für die Grundstücke entlang der Ottobrunner Straße als Art der baulichen Nutzung die Festsetzung Mischgebiet vor, das heißt, Baugebiete die dem Wohnen und nicht störenden Gewerbebetrieben die-

nen. Aufgrund der Größe des Grundstückes könnten hier wohl mehrere hundert Wohnungen entstehen. Angeblich ruht wegen „fehlender Mitwirkungsbereitschaft der Grundeigentümer“ das Bebauungsplanverfahren an dieser Stelle seit Längerem.

Wohnraum muss Priorität haben; Blumen gehören auf den Balkon oder in den Vorgarten. ALFA respektiert natürlich das Eigentumsrecht, aber die Stadt kann hier unmöglich länger nur abwarten.

ALFA-Gruppierung im Münchner Stadtrat
Fritz Schmude
Andre Wächter

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 21. Oktober 2015

Terminhinweis

Pressemitteilung SWM

U6

Pendelbetrieb wegen Bauarbeiten an drei Sonntagen

Pressemitteilung MVG

MVG-Busflotte: Künftig 2 Elektrobusse im Einsatz

Pressemitteilung MVG

Hellabrunn eröffnet neuen Spielplatz im Afrika-Ambiente

Pressemitteilung Tierpark Hellabrunn

(Wiederholung)

Achtung Redaktionen: Terminhinweis!

Verleihung des Förderpreises 2015

Donnerstag, 22. Oktober, 16.30 Uhr, Mittelschule an der Cincinnatistraße 63

Unter dem Motto „Chancen ermöglichen – Erfolge erleben“ fördert die SWM Bildungsstiftung Projekte, die die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher verbessern. Für 83 Projekte wurden bislang Förderzusagen von zusammen 5,8 Millionen Euro gemacht, 4.500 junge Menschen konnten so erreicht werden. Zudem verleiht die SWM Bildungsstiftung seit 2013 einen mit 10.000 Euro dotierten Förderpreis für besonderes Engagement im Bereich Bildung für benachteiligte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Preisträger 2015 ist die **Mittelschule an der Cincinnatistraße** im Stadtteil Fasangarten. Die Laudatio hält **Dr. Gertraud Burkert**, Vorsitzende des Kuratoriums der SWM Bildungsstiftung.

Die Preisübergabe findet im Rahmen des „Tags der offenen Tür“ der Mittelschule an der Cincinnatistraße statt. Von 16 bis 19 Uhr präsentieren Schülerinnen und Schüler dabei ihre vielfältigen Projekte und es gibt ein buntes Rahmenprogramm.

MVG Information für die Medien

21.10.2015

U6 | Pendelbetrieb wegen Bauarbeiten an drei Sonntagen

Am Sonntag, 25. Oktober, sowie an zwei weiteren Sonntagen im November (8./22.11.) wird der U-Bahnhof Poccistraße jeweils von ca. 8.30 Uhr bis ca. 1 Uhr nur von der U3 bedient. Die Züge der U6 wenden in dieser Zeit von Norden kommend am Goetheplatz, von Süden kommend an der Implerstraße. Fahrgäste der U6 werden gebeten, dort zur Weiterfahrt jeweils die U3 zu nutzen.

Grund für die Unterbrechung der U6 sind Bauwerksprüfungen in der Station Poccistraße, für die jeweils ein Gleis gesperrt werden muss. Das andere Gleis teilen sich in dieser Zeit die Züge der U3 in beiden Fahrrichtungen. Durch den eingleisigen Betrieb kann es zu Wartezeiten und Verspätungen von wenigen Minuten kommen. Die Betriebspausen der U-Bahn in der Nacht reichen aufgrund ihrer Kürze nicht aus, um die Untersuchungen durchzuführen.

Die MVG bittet ihre Kunden auf der U3/U6 an den betroffenen Sonntagen mehr Zeit als üblich einzuplanen und sich rechtzeitig mit den Einschränkungen vertraut zu machen. Informationen gibt es auch im Internet unter www.mvg.de.

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de

MVG Information für die Medien

21.10.2015

MVG-Busflotte: Künftig 2 Elektrobusse im Einsatz

SWM/MVG beschaffen zwei Elektrobusse für eine Langzeiterprobung im Münchner Busnetz. Lieferant der beiden Fahrzeuge ist die Firma Ebusco. Der niederländische Hersteller konnte sich im Zuge einer europaweiten Ausschreibung durchsetzen. Der Kaufpreis liegt inkl. der erforderlichen Ladegeräte bei gut einer Million Euro. Die Finanzierung erfolgt mit Unterstützung der Landeshauptstadt München im Rahmen des Integrierten Handlungsprogramms zur Förderung der Elektromobilität (IHFEM).

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de

Bis zu 300 Kilometer Reichweite?

Die zwei knapp zwölf Meter langen Solobusse sind weitgehend identisch: Beide nutzen Lithium-Eisen-Phosphat-Akkumulatoren mit einer Kapazität von rund 300 Kilowattstunden als Energiespeicher. Die Ladung der Batterien erfolgt über Nacht im Betriebshof. Die Reichweite der Busse beträgt bei vol-



Im Februar 2015 testeten SWM/MVG bereits einen Ebusco-Solobus für einige Tage auf der Linie 100.

lem Energiespeicher nach Herstellerangaben rund 300 Kilometer. Dies entspräche der erforderlichen Tagesfahrleistung eines Busses im MVG-Netz. Unterwegs wandelt der Motor – wie vom Hybridbus bekannt – Bremsenergie in elektrische Energie um, die in den Akkumulatoren gespeichert wird und somit für den Betrieb des Busses zur Verfügung steht.

Die Heizung macht den Unterschied

Bei der Heizung unterscheiden sich die ansonsten baugleichen Fahrzeuge: Einer der beiden Busse verfügt – zusätzlich zur Elektroheizung – über eine konventionelle Dieselheizung, so dass der Heizenergiebedarf hier nicht zulasten der Batterie und damit der Reichweite geht. Der große Stromver-

MVG Information für die Medien

brauch zum Heizen des Fahrgastraums bei kalten Außentemperaturen ist bei den derzeit üblichen Batteriekapazitäten eines der größten Hemmnisse für den zuverlässigen Einsatz von Elektrobussen unter Münchner Bedingungen.

Einsatzflexibilität an erster Stelle

„Wir werden die Busse ab Mitte 2016 anfangs auf der Linie 100 zwischen Haupt- und Ostbahnhof einsetzen und dort direkt miteinander vergleichen“, sagt MVG-Chef Herbert König. „Um die Performance und den Energieverbrauch genau analysieren zu können, werden dabei laufend Daten erhoben. Letztlich müssen die beiden Busse den Beweis antreten, dass sie aufgrund der erzielbaren Reichweiten auch für einen freizügigen Einsatz im gesamten MVG-Busnetz geeignet sind. Denn nur so können wir die erforderliche Flexibilität beim Einsatz der Fahrzeuge auch künftig erhalten. Elektrobusse, die auf Zwischenladungen im Netz angewiesen sind, daher eine teure Ladeinfrastruktur und Ladezeiten etwa an Endhaltestellen erfordern und nicht mehr flexibel einsetzbar sind (z. B. auch im Schienenersatzverkehr), haben wir nicht im Fokus.“

Noch Entwicklungsarbeit erforderlich

Herbert König weiter: „Vollelektrische Busse sind klar unser Zukunftsziel, um vollständig unabhängig von fossilen Energieträgern zu sein. Daher starten wir – nach einigen kürzeren Probeeinsätzen mit ausgeliehenen Elektrobussen – jetzt den Dauertest mit den beiden von der Landeshauptstadt mitfinanzierten Elektrobussen von Ebusco. Für mehr ist die Zeit derzeit noch nicht reif. Denn bisher sind lediglich Prototypen am Markt – übrigens fast ausschließlich Solobusse, die wir aber in München immer weniger einsetzen, weil wir zunehmend größere Fahrzeuge brauchen. Aktuell gibt es über 20 verschiedene Entwicklungslinien und Anwendungsfälle. Bis Fahrzeugtechnik, Batterien und Ladeinfrastruktur serienreif und E-Busse letztlich wirtschaftlich einsetzbar sind, werden noch ein paar Jahre vergehen. Bis dahin bleiben für den Serieneinsatz unsere hochmodernen Dieselmotoren (noch) erste Wahl. Das gilt gerade auch in Sachen Klimaschutz, denn der wichtigste Beitrag des ÖPNV zur Klimaverbesserung sind möglichst viele Fahrgäste und dazu dient, mit dem verfügbaren Geld ein möglichst dichtes Leistungsangebot zu finanzieren. Dafür müssen E-Busse nicht nur leistungsfähiger, sondern auch noch deutlich kostengünstiger werden.“

SWM/MVG testen bereits seit 2008 Hybridbusse im direkten Vergleich. Seit 2013

MVG Information für die Medien

wurden außerdem sechs unterschiedliche Elektrobusse für jeweils einige Wochen im Münchner Busnetz erprobt. Alle sechs Fahrzeuge haben sich im Alltagstest durchaus bewährt und mit ihren Batterien eine respektable Fahrleistung erzielt. Die von den Herstellern angegebenen Reichweiten konnten in der Regel allerdings noch nicht erreicht werden.

Hinweis: Das Foto steht unter www.swm.de/presse zur Verfügung.

Pressemitteilung

Hellabrunn eröffnet neuen Spielplatz in Afrika-Ambiente

Spielspaß im Miniatur-Massai-Dorf: Für die kleinsten Hellabrunn-Besucher, die während des Zoobesuchs auch einmal spielen, klettern und hüpfen möchten, gibt es ein neues Highlight. Am Isar-Eingang, gleich neben Streichelgehege und Café Mühle, lädt der Afrika-Spielplatz zum Toben ein.

Während die Kinder auf dem neuen Spielplatz ausgelassen herumspringen, sitzen ihre Eltern gemütlich auf der Terrasse des Café Mühle gleich am Isar-Eingang des Tierpark Hellabrunn und haben ihre Sprösslinge bestens im Blick. Diese finden sich in einem Miniatur-Massai-Dorf wieder, das in Anlehnung an die Dörfer des Volksstamms aus Ostafrika entstand: Eine strohgedeckte Hütte lädt zum Spielen ein, es gibt Balancierbäume, ein geschnitztes Krokodil und eine Aussichtsplattform. Und das Beste: Von der Café-Terrasse aus können die Kids über eine Rutsche direkt auf den Spielplatz gelangen. Auch der Kletterspaß soll nicht zu kurz kommen: Vom Streichelgehege mit westafrikanischen Zwergziegen erklimmen die Kinder eine Aussichtsplattform und erreichen darüber den Spielplatz.

Der Spielbereich ist umsäumt von einer rund angelegten Totholzhecke. Innerhalb dieses Areals laden Biergartentische und -stühle des Café Mühle zum Verweilen unter großen Buchen, Eschen und Ahornbäumen ein. Mit Sandspiel- und Kiesflächen, Granitfindlingen und Baumstämmen ist der Spielplatz komplett mit Naturmaterialien gestaltet worden.

Warum wurde der Spielplatz im Afrika-Stil gebaut? In Hellabrunn, dem ersten Geozoo der Welt, unternehmen die Besucher eine Entdeckungsreise durch die Kontinente und deren Tierwelten. Das Geozoo-Prinzip, nach dem Tiere aus gleichen Erdteilen zusammen auf einer Anlage oder als direkte Nachbarn in einem Zoo leben, wurde 1928 in Hellabrunn erfunden, hatte sich aber in den letzten Jahrzehnten etwas verwässert und soll nun wieder stringent verfolgt werden. Herzstück des Parkteils Afrika ist die 2013 neu entstandene Afrika-Savanne mit Giraffen, Erdmännchen und Stachelschweinen. Sie befindet sich – wie der Afrika-Spielplatz – in der Nähe des Isar-Eingangs.

Im Tierpark Hellabrunn, einem 40 Hektar großen Naturparadies in den Isarauen, gibt es mehrere kleinere Spielplätze und zwei große: Beim Biergarten des Tierpark-Restaurants und in unmittelbarer Nähe des Kindertierparks erwartet der Abenteuer-Spielplatz die kleinen Besucher. Hier sollten Kinder ein bisschen Mut mitbringen, um die große Röhrenrutsche hinunterzusausen. Gleich beim Nashornhaus, wo das kleine Panzernashorn Puri seit rund zwei Monaten herumtobt, liegt der Nashorn-Spielplatz mit dem benachbarten Café Rhino. Dieser Spielplatz ist – mit Wipfelpfad und Wasserspielplatz – besonders geeignet für Kleinkinder. Ein behindertengerechtes Karussell, eine Nestschaukel, das beliebte Fernsprechrühr, ein Holzhäuschen und ein Klettergerüst mit Rutsche komplettieren hier das Spielangebot für die aller kleinsten Hellabrunn-Gäste.

München, den 21.10.2015/58

Weitere Informationen:

Verena Wiemann

Referentin für Presse und Marketing

Münchener Tierpark Hellabrunn AG

Tierparkstr. 30, 81543 München

Tel: +49(0)89 62508-718

Fax: +49(0)89 62508-52

Email: presse@hellabrunn.de

Website: www.hellabrunn.de

www.facebook.com/tierparkhellabrunn

Münchener Tierpark Hellabrunn AG

Vorsitzende des Aufsichtsrates:

Christine Strobl, 3. Bürgermeisterin

Vorstand:

Rasem Baban

Eingetragen in das Handelsregister
des Amtsgerichts München, HRB 42030

UST-IdNr.: DE 129 521 751